



Foto: pixeler/Konstantin Stupak

Die Skyline von Dubai

Geopolitik am Golf: Wettlauf um KI

Schad Lina Kadir von der Regensburger Hochschulgruppe für Außen- und Sicherheitspolitik blickt hier auf die Golfstaaten als Schauplatz des US-chinesischen Wettbewerbs um KI-Technologie.

Trumps erste Auslandsreise 2025 führt in die Golfstaaten. Während der Fokus auf Investment-Gesprächen mit dem saudischen Kronprinzen lag, arbeiteten die IT-Technologie-Konzerne Nvidia und OpenAI im Hintergrund KI-Chip-Deals aus. Zugleich setzten die Golfstaaten verstärkt auf chinesische Unternehmen wie Huawei, etwa für den Bau von KI-Rechenzentren. Auf den ersten Blick scheint es so, als hätte der Rest der Welt die Länder des Nahen und Mittleren Ostens in Sachen Künstliche Intelligenz (KI) abgehängt. Bis 2030 könnte der KI-Sektor fast 16 Billionen US-Dollar zur Weltwirtschaft beitragen und die Region wird voraussichtlich nur zwei Prozent davon abschöpfen können.

Ein näherer Blick auf die Golfstaaten und Israel erzählt jedoch eine andere Geschichte. Die Anzahl ihrer Datenzentren und ihrer hohen KI-Readiness-Scores zeigen, dass sie den ande-

ren Staaten ihrer Region weit überlegen sind. Ein zentraler Grund für die Unterschiede innerhalb der Region liegt in den Ressourcen. Viele Staaten verfügen weder über ein stabiles Stromnetz, noch über eine ausreichende Wasserversorgung, um Rechenzentren zu betreiben. Die Golfstaaten hingegen versuchen gezielt ihre Wirtschaft zu diversifizieren, um langfristig unabhängiger von ihren Öleinnahmen zu werden. Der US-chinesische Tech-Wettbewerb hilft ihnen dabei, wenngleich ihre Unterstützung klar von Eigeninteressen geleitet wird.

Chinas Handel mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verdreifacht, gestützt auf den chinesischen Ölbedarf. Für die Stabilität und damit ihrer Handelsrouten sorgen die Chinesen in der Region jedoch nicht selbst. Peking weist jegliche Sicherheitsverantwortung zurück und nutzt vielmehr die von den USA garantierte Ordnung um daraus wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Immer wichtiger wird der chinesische Technologieexport in die Region, der sich in der Errichtung von Cloud-Diensten, operiert von großen chinesischen

Unternehmen wie Tencent, Huawei und Alibaba, aber auch in dem Ausbau von 5G-Netzen und weiteren Joint Ventures manifestiert. Chinas Projekt der Digitalen Seidenstraße scheint in den Golfstaaten Fuß zu fassen, während Peking zugleich immer stärker an die technologischen Ökosysteme amerikanischer Partner eingebunden wird. Washington ordnete diese wachsende Beziehung lange als Sicherheitsrisiko ein, weshalb die Biden-Administration die Exportkontrollen für Halbleiterchips auch auf die Golfstaaten ausweitete, um China daran zu hindern, über Drittstaaten an die Chips zu gelangen und so im KI-Wettbewerb aufzuholen. Mit Trumps zweitem Amtsantritt scheint sich dies jedoch abrupt zu wenden.

Das Saudi-U.S. Investment Forum 2025 markiert den Richtungswechsel. Nvidia-CEO Jensen Huang kündigt eine Chip-Partnerschaft mit dem staatlich finanzierten saudischen KI-Unternehmen Humain an; AMD stellt ein Zehn-Milliarden-Dollar-Projekt in der Region vor. Ausdruck der US-chinesischen Machtkonkurrenz wurden jedoch besonders Verhandlungen über Lieferungen in den USA entwickelter KI-Chips an G42, einem Unternehmen der Vereinigten Arabischen Emirate. G42 stand nämlich bereits Jahre zuvor im Visier der Amerikaner, da es enge Beziehungen zu chinesischen Tech-Unternehmen pflegt und in Firmen wie ByteDance investiert. Ein Sicherheitsrisiko durch ByteDance und dessen Tochterfirma TikTok ergibt sich aus der Angst vor dem Zugriff der chinesischen Regierung auf persönliche Nutzerdaten und der Möglichkeit der Manipulation der öffentlichen Meinung. Statt Sicherheitsbedenken dominiert nun scheinbar das Ziel, sich als natürlichen Investment-Partner in der KI-Unterstützung zu etablieren und China nicht das Feld zu überlassen. David Sacks, selbsternannter KI- und Krypto-Zar der Trump-Administration, traf im Mai den G42-Vorsitzenden Sheikh Tahnoun und postete dazu auf X: „the U.S. must make itself the partner-of-choice for our friends and allies – otherwise others will fill that gap.“

40 Jahre Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen

Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) feiert sein 40-jähriges Bestehen. Jung, engagiert und sicherheitspolitisch, das ist das Selbstverständnis des BSH.

An dieser Stelle lesen Sie normalerweise Beiträge junger Menschen – von Studentinnen und Studenten, die sich für außen- und sicherheitspolitische Themen begeistern. Sie äußern sich darin zu aktuellen Debatten: von Konflikten weltweit über den Klimawandel als Sicherheitsrisiko bis hin zur Bewaffnung des Weltraums und der Rolle von Nachrichtendiensten. Sie alle sind Teil des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen.

Seit 40 Jahren arbeitet der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen daran, die außen- und sicherheitspolitische Bildung von Studierenden zu fördern und ihnen den Austausch mit Akteuren aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Organisationen zu ermöglichen. Darüber hinaus schafft der BSH Möglichkeiten, an aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Debatten teilzunehmen – so wie hier in *loyal*. Unterstützt vom Reservistenverband stärkt der BSH damit das Verständnis für sicherheitspolitische Fragen und fördert das Interesse junger Menschen, angehende Akademikerinnen und Akademiker sowie möglicher zukünftiger Sicherheitspolitikerinnen und -politiker.

Seit fast dreieinhalb Jahren wird in der Breite der deutschen Gesellschaft anders über Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert. Fragen von Krieg und Frieden werden differenzierter betrachtet. Deutschland debattiert wieder über außen- und sicherheitspolitische Fra-

gen: über den russischen Angriff auf die Ukraine, die Modernisierung der Bundeswehr oder die mögliche Wiedereinführung der Wehrpflicht. Diese Themen rücken stärker ins öffentliche Bewusstsein. Das ist gut so. Denn gesamtgesellschaftliche Verteidigungsfähigkeit – und damit auch Kriegstüchtigkeit – beginnt in der Gesellschaft, in den Köpfen der Menschen. Dort braucht es ein Grundverständnis dessen, was Sicherheit eigentlich bedeutet. Ein solches Verständnis entsteht nicht über Nacht. Es braucht Akteure, die Sicherheitspolitik vermitteln, thematisieren und zur Diskussion stellen. Und es braucht Räume, die diesen Austausch von Ideen und Perspektiven ermöglichen.

Der BSH bietet diese Räume. Hier können junge Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen – nicht nur aus der Außen- und Sicherheitspolitik – miteinander in den Austausch treten. Durch Vorträge, Diskussionen, Exkursionen oder Planspiele wird die sicherheitspolitische Lage verständlich gemacht. Lösungen und Handlungsempfehlungen werden greifbarer. Durch die

finanzielle Unterstützung des Reservistenverbandes und dem ehrenamtlichen Engagement vieler junger Menschen sind diese Angebote kostenfrei. Denn erst durch solche Räume, die für alle zugänglich sind, wird es möglich, als Gesellschaft zu agieren

Die Rolle des BSH gewinnt in diesen Zeiten zusätzlich an Bedeutung. Wenn Landes- und Bündnisverteidigung zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wird, ist auch der BSH als gesellschaftliche Organisation an der Schnittstelle von Wissenschaft und Sicherheitspolitik besonders gefordert. Die Zeitenwende, die Neuaufstellung der Bundeswehr und die Sicherheitsarchitektur in Deutschland sind dabei nur ein kleiner, zugleich jedoch wesentlicher Teil der Themen, die die Mitglieder des Bundesverbandes gemeinsam in den jeweiligen Hochschulgruppen diskutieren. Unsere etablierten Seminare, die Veranstaltungen in den Hochschulgruppen und unsere Publikationen zeigen, wie stark der Verband ist – getragen vom Einsatz hunderter Ehrenamtlicher und den vielen interessierten Gästen, die an den Angeboten des BSH teilnehmen.

Überparteilich, offen, akademisch und interdisziplinär: Nach diesen Grundsätzen macht der BSH außen- und sicherheitspolitische Bildung konkret – an mehr als 25 Hochschulen deutschlandweit. Damit ist er in seiner Breite, die das ganze Bundesgebiet abdeckt, einzigartig.

Josef Hebeda



Der amtierende Vorstand des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen freut sich auf die Feier zum 40-jährigen Bestehen, die am 14. November 2025 in Berlin stattfinden wird